

MERKUR

Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken

Sonja Asal, Landschaft mit Windrädern

Danilo Scholz, Zur Geschichte des französischen
Kolonialismus

Jan Eckel, Der Zweite Weltkrieg in der globalen Geschichte

David Gugerli, Digitalkolumne. Supercomputer

Aleida Assmann, Ruhm und Ehre

Shany Mor, Demokratie verstehen

Gerhard Henschel, Das Judenbild der Brüder Grimm

Claus Leggewie, Kapverdische Notizen

Julian Schellong, Die langweilige Seite des Mondes

Günter Hack, Gedächtnis des Kuckucks

Robin Detje, Einmal ragte Siegfried Unseld turmhoch hinter
mir auf



73. Jahrgang, November 2019

Klett-Cotta

846

Jan Eckel

Der Zweite Weltkrieg in der globalen Geschichte des 20. Jahrhunderts

Der deutsche Angriff auf Polen vor achtzig Jahren eröffnete den mörderischsten Krieg, den jemals ein Staat geführt hat. Den Beginn des Zweiten Weltkriegs stellte dieser Überfall allerdings nicht dar. Der Weltkrieg begann zwei Jahre zuvor mit der japanischen Invasion Chinas. Nachdem Japan am Anfang der dreißiger Jahre die Mandschurei erobert hatte, entwickelte sich seit Juli 1937 rasch ein ebenso großflächiger wie verheerender Krieg. Dabei dürfte die Mehrzahl der Todesopfer, die China im Zeitraum bis 1945 zu beklagen hatte – vielleicht 20 Millionen, nur in der Sowjetunion mussten mehr Menschen sterben –, bis 1940 umgekommen sein, als die deutschen Angriffe in Europa noch vergleichsweise wenige Tote gefordert hatten. Die Unterwerfung Chinas war der Kern von Japans expansionistischem Projekt. Der gesamte Pazifikkrieg hatte für die japanische Führung eine abgeleitete Bedeutung: Sie glaubte, die Vereinigten Staaten angreifen zu müssen, weil sie Südostasien erobern wollte; mit der Eroberung Südostasiens wiederum wollte sie sich die Rohstoffe sichern, um China zu beherrschen.

Die Sowjetunion sah sich durch den japanisch-chinesischen Krieg unmittelbar herausgefordert und führte 1938/39 im mandschurisch-mongolischen Grenzgebiet mehrere Kurzkriege gegen Japan. In Polen ließ Stalin seine Truppen erst einmarschieren, nachdem ein Waffenstillstand geschlossen war. Und auch die Roosevelt-Regierung in den USA zog eine klare Linie: Japan musste China räumen, wenn es einvernehmliche Beziehungen aufrechterhalten wollte. Somit hatte Japan 1937 einen die Weltpolitik in hohem Maße destabilisierenden Großkrieg entfesselt. Infolge des amerikanischen Kriegseintritts 1941/42 vernetzte sich dieser dann mit dem europäischen Geschehen zu einem nunmehr in jedem Sinn globalen Krieg.

Den Beginn des Zweiten Weltkriegs mit den japanischen Eroberungen anzusetzen bedeutet, mit der Betrachtungsweise zu brechen, an die sich die westliche Historiografie seit langem gewöhnt hat. Sie hat den Krieg ganz überwiegend aus nationaler oder europäischer Perspektive beschrieben. Zwar gibt es nicht wenige rein kriegsgeschichtliche Darstellungen, die den pazifischen Krieg ab 1941 einbeziehen, doch betrachten sie diesen oft als einen tendenziell nachgeordneten Schauplatz.¹ Und gerade die übergreifenden Interpretationen sind gedanklich vor allem von der europäischen

1 Die globale Dimension wird am stärksten abgebildet von Evan Mawdsley, *World War II. A New History*. Cambridge University Press 2009.

Geschichte her entwickelt worden. So ist die Frage, ob sich der Krieg mit Blick auf die ausufernden Kriegsziele, die hochgradige Umstellung der Wirtschaftsproduktion auf den Kriegsbedarf und die immense Zahl ziviler Todesopfer als »totale« Auseinandersetzung ansehen lasse, ganz vorrangig am europäischen Schauplatz diskutiert worden (sowie daneben an den USA).² Eher noch stärker bewegt sich die Deutung eines Zeitalters der Weltkriege und eines modernen »Dreißigjährigen Kriegs« in einem europäischen Bezugsrahmen.³ Ihr zufolge verleihen sowohl die Ähnlichkeiten im Erscheinungsbild als auch die kausalen Zusammenhänge zwischen den beiden Weltkriegen den Jahren von 1914 bis 1945 eine einheitliche Signatur.

Auch der Gedanke eines internationalisierten Bürgerkriegs, demzufolge der Zweite Weltkrieg eine Konfrontation zwischen Weltanschauungen mit umfassenden politisch-gesellschaftlichen Ordnungsentwürfen darstellte, ist niemals in weltweitem Maßstab entwickelt worden.⁴ Europäisch zentriert sind schließlich die innovativen Forschungsansätze der letzten rund zwanzig Jahre: die Geschichte des »Postwar«, die die Nachwirkungen des Kriegsgeschehens mit in den Blick nimmt, ebenso wie die des »Transwar«, die den Weltkrieg in eine längere Phase des historischen Wandels einbettet, die von den 1920ern bis in die 1950er Jahre reicht.⁵ Mit alledem hat die Forschung den Schritt noch nicht vollzogen, der sich im historischen Nachdenken über den Ersten Weltkrieg in den letzten etwa zehn Jahren als äußerst fruchtbar erwiesen hat: nämlich die weltweite Erstreckung des Kriegs nicht lediglich vorauszusetzen, sondern sie zu einem integralen Teil der Analyse zu machen.⁶

Für eine solche Blickerweiterung spricht die enorme Bedeutung des Weltkriegs für den Wandel der weltpolitischen Ordnung: für die Erosion der

2 Vgl. Roger Chickering/Stig Förster/Bernd Greiner (Hrsg.), *A World at Total War. Global Conflict and the Politics of Destruction, 1937–1945*. Cambridge University Press 2005.

3 Vgl. zuletzt Ian Kershaw, *To Hell and Back. Europe 1914–1949*. London: Viking 2015.

4 Vgl. etwa Dan Diner, *Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung*. München: Luchterhand 1999.

5 Vgl. Tony Judt, *Postwar. A History of Europe Since 1945*. London: Penguin 2005; Mark Mazower, *Dark Continent. Europe's Twentieth Century*. London: Penguin 1998.

6 Vgl. Jörn Leonhard, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*. München: Beck 2014. Für den Zweiten Weltkrieg bislang vor allem Keith Lowe, *The Fear and the Freedom. How the Second World War Changed Us*. New York: St. Martin's Press 2017.

Kolonialherrschaft, für den Aufstieg der Vereinigten Staaten zur globalen Hypermacht, für die Errichtung eines neuen Systems internationaler Steuerung sowie für die Genese des »Kalten Kriegs«. Darüber hinaus würde eine zusammenhängende globalhistorische Einordnung auch das Verständnis anderer Dimensionen des Kriegsgeschehens verändern.

Schwelle zur Dekolonisierung

Die koloniale Ordnung der Welt sah sich bis zum Ende der dreißiger Jahre zwar vielfältig angefochten, blieb aber stabil. Seit der »hochimperialistischen« Expansion am Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich die kritische Auseinandersetzung mit der europäischen Herrschaft in den Kolonien merklich belebt. Der Erste Weltkrieg verlieh der Auflehnung gegen die imperiale Ordnung dann dramatischen Nachdruck.⁷ In den Kolonien formierten sich zum Teil schlagkräftige antikoloniale Bewegungen, die politischen Forderungen radikalisierten sich, und die Kette gewaltsamer Aufstände riss kaum mehr ab. Den Beginn der Dekolonisierung stellten diese Entwicklungen, anders als manche Autorinnen und Autoren zuletzt argumentiert haben, allerdings noch nicht dar.⁸ Die nationale Unabhängigkeit wurde lediglich in wenigen Kolonien gefordert und stand aus Sicht der Kolonialmächte nicht im Entferntesten zur Debatte; praktisch kein Kolonialgebiet erlangte eine wirkliche staatliche Selbständigkeit.

Erst der Zweite Weltkrieg erzeugte eine entscheidende neue Dynamik. Da die europäischen Mächte ihre Kolonialreiche in gigantischem Maß für den Kriegseinsatz heranzogen, stiegen die Erwartungen auf Entlohnung in Form von mehr Autonomie. Dieser Konnex hatte dem Antikolonialismus schon am Ende des Ersten Weltkriegs Auftrieb gegeben. Doch war die Ausgangslage in den frühen vierziger Jahren eine andere. Die Kriegsmobilisierung traf vielerorts auf militantere nationalistische Gruppierungen, die sich gerade nach den enttäuschenden Erfahrungen der Zwischenkriegszeit nicht länger mit vagen Versprechungen abspeisen lassen wollten. Zudem hatten die Europäer neue Einfallstore für die Delegitimierung ihrer Herrschaft selbst geöffnet: Indem sie ihre Präsenz nunmehr mit dem Versprechen der sozioökonomischen »Entwicklung« begründeten, verschafften sie den Aktivisten in den Kolonien wirksame Ansatzpunkte, um Veränderungen einzufordern.

7 Vgl. Erez Manela, *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*. Oxford University Press 2007.

8 Vgl. Michael Goebel, *Anti-Imperial Metropolis. Interwar Paris and the Seeds of Third World Nationalism*. Cambridge University Press 2015.

Die Vorgänge in Südostasien erwiesen sich als unmittelbar sogar noch folgenreicher. Die vernichtenden japanischen Siege über die europäischen Kolonialmächte beschädigten den Mythos von der Überlegenheit des weißen Mannes irreparabel. Zudem stärkte die japanische Okkupation auf die eine oder andere Weise die Stellung der Nationalisten vor Ort. Zum Teil wurden diese, wie in Indonesien, ermächtigt, indem die Japaner sie für die Verwaltung rekrutierten; zum Teil wurden nationalistische Widerstandsgruppen führend gegenüber den Traditionalisten oder Kooperationswilligen, weil sie nun auch gegen den neuen Besatzer kämpften, so etwa in Vietnam.

Der welthistorische Ausgang dieser zugespitzten Krise der Kolonialherrschaft sollte noch auf Jahre hinaus offen bleiben. Immerhin waren die europäischen Mächte nach dem Krieg nur umso entschlossener, ihre Imperien wieder zu befestigen. Gleichwohl wurde im Zweiten Weltkrieg eine bedeutende Schwelle überschritten. Mit der nationalen Unabhängigkeit asiatischer Kolonien – proklamiert in Vietnam 1945, verwirklicht auf den Philippinen, in Indien, Burma und Indonesien zwischen 1946 und 1949 – entstand ein anhaltender Sog. Denn je mehr Gebiete die Unabhängigkeit erlangten, desto mehr andere forderten das Gleiche für sich. Mit dem Zweiten Weltkrieg wurde die Dekolonisierung, und damit das Ende jahrhundertalter Herrschaftsverhältnisse, erstmals zu einer Option.

American Century

Auch der Aufstieg der USA zur singular bestimmenden globalen Macht begann noch nicht in den zwanziger Jahren – wie es Adam Tooze vor einigen Jahren nahegelegt hat –, sondern zwischen 1942 und 1945.⁹ Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich in den USA ein parteiübergreifender Konsens herausgebildet, dass nur ein strikter Kurs der Kriegsvermeidung dem Land erlauben würde, in Prosperität und Sicherheit zu leben. In den europäischen Konflikten machten die Regierungen ihren finanzdiplomatischen Einfluss geltend, ohne aber irgendeine sicherheitspolitische Verpflichtung einzugehen.

Doch spätestens mit der japanischen Aggression gegen China 1937 und der Sudetenkrise 1938 gewannen Präsident Roosevelt und wichtige Berater die Überzeugung, dass das Ausgreifen der beiden Diktaturen eine weltweite Bedrohung darstelle. In den folgenden Jahren arbeitete die Regierung behutsam darauf hin, die amerikanische Öffentlichkeit an den Gedanken eines

9 Adam Tooze, *The Deluge. The Great War and the Remaking of the Global Order, 1916–1931*. London: Viking 2014.

Kriegseintritts zu gewöhnen. An dem politischen Unwillen im Land, in ferne Konflikte hineingezogen zu werden, änderte dies jedoch einstweilen nichts. Und so gilt es auch hier, ein Element der Kontingenz zu betonen: Denn erst der japanische Angriff auf Pearl Harbor im Dezember 1941 sorgte für einen Umschlag der öffentlichen Stimmung.

In den folgenden gerade einmal dreieinhalb Jahren verwandelten sich die Vereinigten Staaten in ein anderes Land. Mit marginalen Streitkräften in den Krieg eingetreten – das amerikanische Heer war kleiner als das niederländische –, gingen die USA als die mit Abstand stärkste Militärmacht der Welt daraus hervor. Das amerikanische »Produktionswunder« beendete nicht nur die Große Depression, sondern führte zu einer Verdopplung der Wirtschaftskraft des Landes. Der Staat griff stärker denn je in das ökonomische und gesellschaftliche Leben ein; die Staatsausgaben der Kriegsjahre lagen höher als zuvor die des gesamten Zeitraums seit 1789.¹⁰ Über das präzedenzlos enge Zusammenwirken von Staat und Privatwirtschaft in der Rüstungsproduktion, aber auch über die Expansion der hochtechnologisierten Großforschung im Zuge des Atombombenprojekts wurden die Grundlagen für den später so genannten »militärisch-industriellen Komplex« gelegt, der für Jahrzehnte das Rückgrat der amerikanischen kalten Kriegführung bilden sollte.

Doch war die Verwandlung in die »Supermacht« nur das eine. Der Entschluss zu einem dauerhaften globalpolitischen Engagement war noch etwas anderes. Regierungsexperten hatten unter dem Eindruck des Kriegs die Einsicht gewonnen, dass sich Frieden und Wohlstand gerade nicht würden wahren lassen, zögen sich die USA in die eigene Hemisphäre zurück, sondern im Gegenteil nur, wenn sie kriegslüsterne Regime aktiv eindämmten. Damit hatte sich der Roosevelt-Regierung einmal mehr die außenpolitische Grundfrage gestellt, die letztlich schon seit den 1890er Jahren über der amerikanischen Politik geschwebt hatte.

Seit damals galt es zu entscheiden, wie sich der potentiell und später tatsächlich stärkste Staat der Erde weltpolitisch positionieren sollte. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Antwort von 1919/20 revidiert. Die amerikanische Politik legte sich auf eine weltweite Einmischung fest, die überdies von dem missionarischen Glauben getragen wurde, den Globus nach dem amerikanischen Bild gestalten zu müssen. Die jüngste Forschung hat betont, dass es sich dabei nicht um das Hineinwachsen in eine vorgezeichnete Rolle,

10 Vgl. Kiran Klaus Patel, *The New Deal. A Global History*. Princeton University Press 2016.

sondern um einen säkularen Bruch im außenpolitischen Denken handelte.¹¹ Immer wieder von Neuem bekräftigt, sollte dieses sicherheitspolitische Paradigma den auswärtigen Kurs sieben Jahrzehnte lang tragen.¹²

Neuerfindung des internationalen Systems

Die neue amerikanische Gestaltungsrolle hing aufs Engste mit einer weiteren zukunftsweisenden Entwicklung der Weltkriegsjahre zusammen. Seit 1942/43 entstand unter Führung der Roosevelt-Regierung eine, wie sich zeigen sollte, äußerst wirkmächtige Architektur internationaler Organisationen. Sie sollten helfen, drängende grenzübergreifende Probleme in den Griff zu bekommen – Fluchtbewegungen, Hunger, Epidemien. Die Gründung der UNO im Juni 1945 war dabei sogar ein vergleichsweise später Schritt.

Die im Zweiten Weltkrieg geschaffenen Ansätze der internationalen Kooperation standen in einer Kontinuität des Nachdenkens über transnationale Regulierungsformen, die bis ins späte 19. Jahrhundert zurückreichte. Damals waren erstmals zahlreiche intergouvernementale Organisationen gegründet worden, und »internationalistische« Bewegungen erlebten eine erste Blüte. Nach dem Ersten Weltkrieg verschaffte der Völkerbund solchen Bestrebungen dann ein Zentrum. Als Sicherheitsorganisation gegründet, stellte er doch vor allem den Umgang mit transnationalen Problemen auf eine neue Grundlage – ob es um die finanzpolitische Stabilisierung, um Menschenhandel oder die »Entwicklung« von Kolonien ging.

Die internationalen Organisationen, die im Zweiten Weltkrieg geschaffen wurden, leiteten gleichwohl eine qualitativ neue Phase globalpolitischer Steuerung ein. So stießen sie vielfach in neue Dimensionen vor. Die im November 1943 aus der Taufe gehobene United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) brachte die größte humanitäre Hilfsanstrengung auf den Weg, die es bis dahin geben hatte.¹³ In Europa und in Asien versorgten Tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Dutzenden Ländern viele Millionen von Flüchtlingen und »displaced persons«. Doch beschränkte sich ihre Tätigkeit bei Weitem nicht auf die akute Nothilfe, sondern lief darauf hinaus, die verwüsteten Gebiete integral zu

11 Vgl. Stephen Wertheim, *Tomorrow, the World. The Birth of U.S. Global Supremacy in World War II*. Dissertation Columbia University, New York, 2015.

12 Ob dies für die Außenpolitik der Trump-Regierung noch gilt, lässt sich diskutieren. Vgl. Adam Tooze, *Is this the end of the American century?* In: *LRB* vom 4. April 2019.

13 Vgl. Jessica Reinisch, *Internationalism in Relief. The Birth (and Death) of UNRRA*. In: *Past & Present*, Nr. 6, 2011 (Beilage).

rekonstruieren und protostaatliche Strukturen zu schaffen. Die UNRRA setzte Infrastruktur und Transportsysteme in Stand, kurbelte die Agrar- und Industrieproduktion wieder an, baute eine Gesundheitsversorgung auf, übernahm die Berufsausbildung und Kindererziehung.

Dass in dem Neugründungsprozess allenthalben von der »second chance« die Rede war, verweist darauf, dass der zeitgenössische Problemhorizont bis mindestens zum Ersten Weltkrieg zurückreichte. Tatsächlich knüpften die neuen Organisationen an manche Ideen des Völkerbunds an. Die leitenden Planer sahen im Zweiten Weltkrieg aber zugleich den katastrophischen Beleg dafür, dass die internationalen Strukturen der zwanziger und dreißiger Jahre denkbar untauglich gewesen waren. Wenn die Welt vor einem weiteren verheerenden Krieg bewahrt werden sollte – so glaubten sie –, musste man das internationale System auf eine gänzlich neuartige Grundlage stellen.

Dieser Zusammenhang trat besonders sichtbar auf der Konferenz hervor, die im Juli 1944 in Bretton Woods eröffnet wurde. Hier trafen mehr als vierzig Staaten eine beispiellos weitreichende Absprache: Sie einigten sich auf ein System fester Wechselkurse, das helfen sollte, Handel und Investitionen zu fördern (und ergänzten dies drei Jahre später um das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT). Diese neue weltwirtschaftliche Ordnung war exakt von den Funktionsproblemen her gedacht, die in den Augen der Beteiligten während der Weltwirtschaftskrise zutage getreten waren: Zersplitterung der Handelsbeziehungen, ökonomischer Nationalismus, Autarkiedenken. Der weltwirtschaftliche Kollaps hatte, so die Prämisse der Konferenz, überhaupt erst die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die radikalen Diktaturen aufsteigen konnten. Das neue Arrangement zog daraus die Lehre: Der freie wirtschaftliche Austausch und die daraus folgende ökonomische Verflechtung galten nun zur Wahrung des Weltfriedens als unverzichtbar.

Die wirtschaftspolitischen Beschlüsse verdeutlichen schließlich auch die Langlebigkeit der im Zweiten Weltkrieg errungenen internationalen Strukturen. Das »Ende von Bretton Woods«, wie es in den siebziger Jahren ausgerufen wurde, war lediglich das Ende des festen Wechselkurssystems. Die ebenfalls 1944 gegründeten Institutionen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds bestanden hingegen fort. Dieser warf sich überhaupt erst in den achtziger Jahren zu einem einflussreichen Akteur auf, als der er dann im Zuge der »neoliberalen« Transformation erst Lateinamerikas und anschließend Osteuropas in Erscheinung trat. Das GATT wurde 1995 in die Welthandelsorganisation überführt, unter deren Ägide der internationale Warenaustausch eine immense Verdichtung erlebte.

Übergänge in den »Kalten Krieg«

Zugleich gestaltete sich der Übergang der weltpolitischen Konfliktkonstellation in den »Kalten Krieg« durchaus fließend. Das Kriegsende stellt dabei eine weniger entscheidende Zäsur dar als lange angenommen. Aber nicht etwa deshalb, weil es auch in den Jahrzehnten zuvor schon eine latente bipolare Konfrontation gegeben hätte, wie die Geschichtsschreibung bisweilen angenommen hat. Sicherlich lassen sich die Voraussetzungen des späteren Systemkonflikts nicht verstehen, ohne in Betracht zu ziehen, dass sich sowohl die USA als auch das zaristische Russland im späten 19. Jahrhundert zu Industriestaaten mit einem Sinn für das imperiale Ausgreifen entwickelten.¹⁴ Auch bedeutete es eine markante Veränderung, dass mit der russischen Revolution von 1917 ein Staats- und Gesellschaftsexperiment auf den Weg gebracht wurde, das eine immense Ausstrahlung gewann. Die Sowjetunion verkörperte fortan einen denkbar scharfen Gegenentwurf zur bürgerlich-kapitalistischen Ordnung. Eine ideologische Polarisierung der Welt zwischen westlicher Demokratie und Kommunismus bedeutete dies jedoch nicht, denn ein solcher Dualismus gewann nirgends prägende Gestalt. Mit dem Faschismus fand eine weitere radikale Alternative zum liberalen Staatsmodell wachsenden Anklang, und innerhalb Europas sowie mehr noch in anderen Weltregionen stellte sich das Spektrum ideologisch-politischer Optionen stets vielfältiger dar.

Dass der Zweite Weltkrieg insofern eine präformierende Bedeutung für die Systemauseinandersetzung besaß, als er diese Gemengelage machtpolitisch bereinigte, haben Historikerinnen und Historiker immer schon betont. Das Deutsche Reich und Japan schieden, ebenso wie Italien, als Machtfaktoren unwiderruflich aus. Zudem hatte der gewaltsame Furor, den diese Staaten entfesselt hatten – aber auch ihre militärische Unterlegenheit –, Faschismus und Nationalsozialismus als massenwirksame Ideologien unrettbar kompromittiert. Ebenso verloren jedoch Großbritannien und Frankreich ihre weltpolitisch bestimmende Stellung, auch wenn das die politischen Eliten noch länger nicht wahrhaben wollten. Damit blieben nur die USA und die Sowjetunion als Weltmächte übrig, und beide hatten ihr Machtpotential vervielfacht. Die Sowjetunion hatte nach der deutschen Invasion unter größten Opfern ihr eigenes »Produktionswunder« vollbracht und den Krieg als militärisch-industrielles Schwergewicht beendet.

14 Vgl. Odd Arne Westad, *The Cold War. A World History*. New York: Basic Books 2017.

Während diese Entwicklungen sich immer noch im Sinne eines Bruchs verstehen lassen, der Kriegs- und Nachkriegszeit epochal voneinander schied, spielt das Kriegsende für andere entstehungsgeschichtliche Stränge des »Kalten Kriegs« keine ausschlaggebende Rolle. So trugen zum offenen Ausbruch des Konflikts auch Wahrnehmungsmuster bei, die sich spätestens in den 1930er Jahren ausgeformt hatten. Prononcierte antikommunistische Vorbehalte hatten ein gewichtiges Motiv für die damalige amerikanische und britische Politik der Kriegsvermeidung, für »Isolationismus« und »Appeasement«, gebildet. Dass die Anti-Hitler-Koalition der Kriegsjahre folglich auf tönernen Füßen stand, war vielen (wenn auch keineswegs allen) zeitgenössischen Beobachtern klar.

Als entscheidender Impuls sollte sich erweisen, dass die Roosevelt-Regierung nach Ausbruch des Weltkriegs, und erst jetzt, begann, in Zusammenhängen weltweiter »Interdependenz« zu denken – wie das zeitgenössische Schlagwort für das sich ausbreitende Empfinden lautete, dass der Globus infolge technologischer Neuerungen rasant schrumpfe und die Geschehnisse in weit entfernten Weltregionen daher eng miteinander verwoben seien. Aus dieser Sicht war gar keine Abschottung mehr möglich. Das Schicksal der USA, so der alarmierte Gedanke wichtiger Regierungspolitiker und Experten, wurde in Europa und Asien mitentschieden. Es war diese Weltsicht, welche die bald einsetzende Wahrnehmung, durch das Vorgehen der Sowjetunion in allen Ecken des Globus bedroht zu sein, überhaupt erst ermöglichte. Entwickelt in der Konfrontation vor allem mit dem Nationalsozialismus, übertrugen sie spätere Regierungen auf die Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Systemrivalen.

Bei der sowjetischen Führung hatte das Gefühl der existentiellen Gefährdung durch die kapitalistischen Staaten des Westens ebenfalls weiter zugenommen. Stalins »Kastanienrede« vom März 1939 ist lange unter der Fragestellung diskutiert worden, ob sie die Kehrtwende zum Hitler-Stalin-Pakt einläutete. Aufschlussreicher wäre es, sie als die – überwiegend nüchterne – Analyse der außenpolitischen Gesamtsituation zu lesen, die sie tatsächlich war. Ihr zufolge sah sich die Sowjetunion sowohl vom Kriegswillen der »faschistischen« Mächte Deutschland, Italien und Japan als auch von der Passivität der westlichen Staaten bedroht, die deren Expansion Vorschub leiste.¹⁵ Das tiefe Misstrauen gegenüber Großbritannien und den Vereinigten Staaten zog sich anschließend in Form schwerer Konflikte um

15 Vgl. J. W. Stalin, *Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B) vom 10. März 1939*. In: Ders., *Werke*. Bd. 14: *Februar 1934–April 1945*. Dortmund: KPD/ML (Roter Morgen) 1976.

die Eröffnung einer »zweiten Front« durch die Kriegsjahre. Der aufgezwungene »Vaterländische Krieg«, dem bis zu 28 Millionen Sowjetbürgerinnen und -bürger zum Opfer fielen, war der letzte und existentielle Beleg für die wesensmäßige Aggressivität der kapitalistischen Welt, die Lenin stets inbrünstig gepredigt hatte. Das kapitalistische Lager mochte durch den Krieg sein Gesicht verändert haben, erschien den sowjetischen Machthabern dadurch aber nur umso mächtiger.

Der Weltkrieg als Katalysator

Wenngleich der Weltkrieg mehreren tiefgreifenden und lange nachwirkenden Wandlungen der globalen Ordnung zum Durchbruch verhalf, verlief die Entwicklung keineswegs überall linear. So wurde Lateinamerika zwischen 1944 und 1946 zunächst von einer beispiellosen Welle der politischen Liberalisierung erfasst.¹⁶ Angesichts des Siegs der Demokratien im Krieg hielten es viele Regierungen für geboten, die seit Langem vorherrschenden oligarchischen Systeme aufzubrechen – oder für unabwendbar, denn sie reagierten damit auf die massenhaften gesellschaftlichen Forderungen nach politischer Mitsprache. Mehrere Diktaturen stürzten, und in autoritär regierten Ländern fanden freie Wahlen statt, die reformorientierten Parteien zur Macht verhalfen. Doch schon am Ende des Jahrzehnts schraubten die alten politischen Eliten, unterstützt von den nun vollends auf den Antikommunismus eingestellten USA, die partizipatorischen Zugewinne wieder zurück. In dem Maß, wie das Gefühl der Bedrohung durch den Kommunismus anwuchs, wurde der politische Wettbewerb eingeschränkt und die politische Linke nahezu allerorten an den Rand gedrängt. Somit währte der zukunfts-trächtige Umschwung der vierziger Jahre in Lateinamerika nur einen kurzen Moment.

In anderen Weltregionen dagegen entfaltete der Weltkrieg durchaus eine lang anhaltende Schubwirkung. Dass es der kommunistischen Partei Chinas während der japanischen Okkupation gelungen war, in ihren Rückzugsgebieten die eigene Machtposition höchst effizient auszubauen, war ein wichtiger Faktor für den späteren Sieg über die Kuomintang. Die Gründung der Volksrepublik sollte die regionalen und globalen Machtverhältnisse nachhaltig transformieren. Zunächst schien China das sowjetische Lager entscheidend zu stärken. Nach dem offenen Bruch zu Beginn der sechziger Jahre lieferte sich die Volksrepublik mit dem nördlichen Nachbarn dann

16 Vgl. Leslie Bethell/Ian Roxborough (Hrsg.), *Latin America Between the Second World War and the Cold War, 1944–1948*. Cambridge University Press 1992.

jedoch einen Kampf um die Führerschaft der weltkommunistischen Bewegung, dessen weltpolitische Folgewirkungen kaum zu überschätzen sind. Darüber hinaus schuf der Weltkrieg entscheidende Voraussetzungen für das Entstehen des arabisch-israelischen Konflikts. Ein wachsender Strom von Jüdinnen und Juden, die das nationalsozialistische Morden überlebt hatten, suchte den Weg nach Palästina. Dort zeigte sich die vom Krieg geschwächte britische Mandatsmacht offenkundig unfähig – und zunehmend unwillig –, eine tragfähige Ordnung herzustellen.

Löst man den Zweiten Weltkrieg aus dem europäischen und stellt ihn in einen weltpolitischen Betrachtungsrahmen, dann verändern sich also wichtige Parameter für seine Deutung. Sein Anfang lag nicht in Europa, sondern in Asien. Der japanische Angriff auf China stürzte nicht nur eine riesige Region in einen Mahlstrom der Vernichtung, sondern stand auch in enger Beziehung zu den Konflikten in Europa und bildete einen wichtigen Faktor für die Politik der USA. In Asien endete der Weltkrieg im Übrigen auch: Mit der Kapitulation Japans im August 1945 wurden die regulären Kampfhandlungen weitgehend eingestellt. Möglicherweise lässt sich sein Endpunkt aber auch erst mit dem Koreakrieg ansetzen, der 1950 ausbrach und erst drei Jahre später befriedet werden konnte. Denn dieser ausgesprochen verlustreiche Krieg stellte nicht nur eine frühe Eskalationsstufe des »Kalten Kriegs« dar, mit dem er in der historischen Repräsentation so stark verbunden ist, sondern auch einen direkten Folgekonflikt des Zweiten Weltkriegs, dessen zwei Sieger hier direkt aufeinanderprallten. In manchen Weltregionen wurde das Jahr 1945 ohnehin nicht als Zäsur empfunden, weil es gar kein Ende der Gewalt brachte. Indochina bietet dafür das wohl eklatanteste Beispiel, wurde dieser Raum doch geradezu von einer Kette von Kriegen verwüstet, die erst Ende der siebziger Jahre abriß.

Der globalpolitische Blickwinkel hat aber keineswegs nur Konsequenzen für die Periodisierung. Er macht auch sichtbar, dass sich die historische Prägekraft des Kriegs nicht in dem Zusammenhang von Zerstörung und Wiederaufbau erschöpft, der das geschichtliche Nachdenken die längste Zeit über bestimmt hat. Der Zweite Weltkrieg war ein entscheidender Katalysator globalen Wandels. Die durch den Krieg geschaffene Ausnahmesituation machte das konkrete Ende der Kolonialherrschaft ebenso denkmöglich wie eine fortgesetzte Rolle der USA als »Weltpolizist« (so der Begriff Roosevelts). Sie eröffnete einen Möglichkeitsraum, in dem eine vergleichsweise kleine Anzahl vorwiegend amerikanischer Planer die Blaupausen eines neuen internationalen Systems entwerfen konnte, ließ aber ebenso einen neuen Großkonflikt wahrscheinlicher werden, der bald seinerseits eine globale Reichweite annehmen sollte. Insofern greift es auch zu kurz, das Kriegsgeschehen

interpretatorisch in einer Ära der Weltkriege zu verorten, die 1914 beginnt und 1945 endet. Es steht vielmehr in einem Zeithorizont, der auf der einen Seite bis zur Jahrhundertwende zurückreicht und auf der anderen Seite bis zum Ende des 20. Jahrhunderts und darüber hinaus ausstrahlt.

Die Frage nach der Bedeutung des Zweiten Weltkriegs für die weltpolitische Ordnung ist dabei nicht die einzige, in der eine globale Perspektive das überkommene historische Bild verändert. Erfahrungsgeschichtlich etwa stand in allen Weltregionen, die direkt vom Krieg betroffen waren, der Einbruch des Disruptiven im Zentrum: der Umgang mit Zerstörung, Gewalt und Verlust im »Leben nach dem Tod«. ¹⁷ Der Alltag nach dem Krieg bewegte sich zumeist auf einer prekären Linie zwischen Traumatisierung und dem Streben nach »Normalität«, die sich denkbar unterschiedlich ausnahm, je nachdem, ob es sich um jüdische Lagerüberlebende, algerische Widerstandsaktivistinnen, koreanische »Trostfrauen«, brasilianische Soldaten oder viele andere mehr handelte. Somit wird man das Narrativ, das für die europäische Geschichte entwickelt worden ist – die widersprüchliche Vielfalt der Wahrnehmungen und Sinngebungen –, im globalen Panorama nochmals stärker fragmentieren und differenzieren müssen.

Schließlich reichen auch die expansionistischen Gewaltexzesse und die ethnischen Konflikte des Zweiten Weltkriegs weit über die brutalen Verheerungen hinaus, die Deutsche vor allem in Osteuropa anrichteten. Somit stellt sich die Frage, was eine globale Sicht für den historischen Ort des deutschen Kriegs bedeutet. Sie stellt sich umso mehr, als die deutsche Forschung der letzten zwanzig Jahre den Weltkrieg als die entscheidende Ermöglichungsbedingung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik begriffen hat, die ihrerseits als das Signum der NS-Herrschaft erscheint.

Unter japanischer Herrschaft kamen auch in Südostasien Millionen von Menschen gewaltsam ums Leben. Die italienische Okkupation von Teilen Jugoslawiens und Griechenlands forderte wohl etwa 350 000 Menschenleben. Die Sowjetunion ließ im Baltikum und in Ostpolen in knapp zwei Jahren mehrere Zehntausend Menschen erschießen und bis Kriegsende viele Hunderttausend deportieren. Der kroatische Ustascha-Staat ermordete ungefähr 400 000 Menschen, vorwiegend Serben, aber auch mehrere Zehntausend Juden. Die ukrainische Aufstandsarmee tötete bis zu 80 000 Polen, die polnische Untergrundarmee im Gegenzug 20 000 Ukrainer. Diese Reihe ließe sich fortsetzen.

17 Vgl. Richard Bessel/Dirk Schumann (Hrsg.), *Life after Death. Approaches to a Cultural and Social History of Europe During the 1940s and 1950s*. Cambridge University Press 2003.

Nun wäre es jedoch falsch, von einem unterschiedslosen Gemetzel auszugehen, das der größte Krieg der Weltgeschichte eben mit sich brachte. Selbst wenn man den deutschen, japanischen und italienischen Krieg als Ausdruck eines extrem gewalttätigen imperialen Expansionismus begreift, unterschieden sich die Massenmorde bisweilen erheblich nach Zielen, Formen und situativen Kontexten. Deshalb tritt die Besonderheit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gerade dann umso deutlicher hervor, wenn man sie in die globale Gewaltgeschichte der dreißiger und vierziger Jahre einbettet. Millionen Menschen starben unter japanischer Herrschaft an Hunger; doch nur das nationalsozialistische Regime zog mit dem ausdrücklichen Plan in den Krieg, »zig Millionen Menschen verhungern« zu lassen, wie Hermann Görings Vorgabe für die Eroberung der Sowjetunion vom Mai 1941 lautete.¹⁸ Und nur der deutsche Mord an den europäischen Juden zielte auf die restlose Auslöschung einer gesamten Bevölkerungsgruppe, wurde am Ende konsequenter betrieben als die Kriegführung selbst und bediente sich Formen der industriellen Massentötung.

18 *Aktennotiz über eine Besprechung der Staatssekretäre vom 2. Mai 1941.* In: *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. 11. 1945 bis 1. 10. 1946.* Bd. 31. Nürnberg 1947–1949.